Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire =

Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 6 (1956)

Heft: 2

Buchbesprechung: Kasimir Pfyffer und die Luzerner Verfassungspolitik in den Jahren

1827-1841 [Konrad Nick]

Autor: Müller, Anton

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Konrad Nick, Kasimir Pfyffer und die Luzerner Verfassungspolitik in den Jahren 1827—1841. (Freiburger Veröffentlichungen aus dem Gebiete von Kirche und Staat, Bd. 9.) Univ.-Verlag, Freiburg/Schweiz 1955, XX und 269 S.

Der Jurist und Politiker Dr. Kasimir Pfyffer ist als Vorkämpfer des neuzeitlichen Rechtsstaates im Kt. Luzern bisher in mehr oder weniger panegyrischen Kleinschriften gefeiert worden. Er selbst hat durch seine autobiographischen Äußerungen den Anlaß zu einem gewissen Kult gegeben. So ist nun die erste wissenschaftliche Arbeit über Pfyffer von K. Nick sicher für viele etwas kritisch und ernüchternd ausgefallen. Eine kritische Untersuchung war fällig, wobei aber kleinliche Bekrittelungen, die man ebenso gut gegen Persönlichkeiten viel kleineren Formates richten könnte, zu vermeiden waren, denn es darf bei allen Vorbehalten nicht vergessen werden, daß die heute praktisch von allen Parteien benützten Grundsätze und Institutionen von Männern wie Kas. Pfyffer durchgesetzt wurden. Die hier zu besprechende Studie von Konrad Nick behandelt Pfyffers Wirksamkeit als Verfassungspolitiker in Kanton und Eidgenossenschaft. Sie wird eingeleitet durch die bekannten Daten über Pfyffers Herkunft und Bildungsgang und die erste Anwalts- und Lehrtätigkeit in Luzern. Die erste Verwirklichung der für ihn charakteristischen repräsentativ-demokratischen Ideen gelang in der luzernischen Verfassungsrevision von 1829, wobei die Legislative im Sinne Pfyffers gegenüber der Regierungsgewalt ausgebaut, die Gewaltentrennung ausgesprochen und ein erstinstanzliches Kriminalgericht vorgesehen wurde (eingeführt erst 1837. Vgl. dazu das Exposé Pfyffers über Teilung von Zivil- und Kriminalgerichtsbarkeit vom Sept. 1830 im Am-Rhyn-Archiv. Das Datum einer Dankadresse vom Juni 1829 kann nicht stimmen, Nick, S. 78). Pfyffers autoritative Führung in den Kommissionsverhandlungen sowie seine planmäßige und bisweilen verschlagene Taktik werden durch die vertraulichen Briefe an J. J. Heß in Zürich dokumentiert, welche quellenkundlich eine Hauptattraktion darstellen.

Auf eidgenössischem Boden kämpfte Pfyffer damals an der Tagsatzung für Pressefreiheit und gegen das Fremdenkonklusus (er war auch 1836 in der Flüchtlingsfrage ungemein doktrinär). Schon früh wirkte er in Gesellschaft und Presse für repräsentative Demokratie und gesamtschweizerische Erneuerung; die Frage des Primates der eidgenössischen, bzw. kantonalen Regeneration beschäftigte ihn öfters.

Obwohl Pfyffer mit der luzernischen Verfassung von 1829, großenteils seinem eigenen Werk, zufrieden sein mußte, stellte er sich doch gleich an die Spitze der kleinstädtischen und landschaftlichen Ausgleichsbewegung von 1830 und gab dieser Regeneration eine intellektuell-etatistische Richtung. Im luzernischen Verfassungsrat führte er die liberale Gruppe gegen landschaftliche Demokraten und städtische Burgerschaft, von der er sich damit schroff trennte, die ihm als dem erfolgreichen Standesgenossen den-

noch in mancher Hinsicht zugetan blieb (vgl. dazu Artikel im «Vaterland» 1925, Nr. 296 f., von F. Zelger, nicht Zimmermann).

Das Regime von 1831/41 mit seinem fast diktatorischen Elitenbewußtsein bildete nun die Plattform für den Organisator, den luzernischen Solon oder Drakon (vgl. zu diesem Wesenszug Pfyffers die Tagebücher J. K. F. am Rhyns v. J. 1821 auf ZB Luzern). So unpopulär und unoriginell diese Gesetzesfabrikation sein mochte, so setzte sie doch der irrationalen Willkür— im Prinzip wenigstens— Schranken und wurde grundlegend für den rechtsstaatlichen Aufbau. Groß waren allerdings die Diskrepanzen und Selbstwidersprüche in der Praxis der repräsentativen Demokratie, im Verhältnis von Recht und Parteipolitik. (Man beachte etwa die persönliche Machtstellung Kas. Pfyffers als Großrat, Präsident des Obergerichtes, in städtischen Behörden, als Chef des politischen Vereinskaders ungeachtet der formalen Gewaltentrennung— ferner die sophistische Interpretation des Klosterparagraphen.)

Als schweizerischer Politiker drang Pfyffer — im Gegensatz zu seinem diplomatischen Bruder Eduard — auf energische Bundesrevision. Die Entwicklung seiner diesbezüglichen Praxis und der Gegensatz zu Troxler seit 1836 hätten organisch nachgestaltet werden sollen.

Auf kantonalem Boden stand Pfyffer seit 1839 in heftigster Auseinandersetzung mit der theokratischen und kirchlich-demokratischen Strömung. Im Verfassungsrat von 1841 vertrat er nochmals mit wenigen Modifikationen die als richtig erkannte repräsentative Staatsform und die festgelegten Auffassungen über die relative Reife des Volkes. Hier bricht die Arbeit von Nick, die im ganzen etwas eng bemessene Ausschnitte gibt, ziemlich abrupt ab. Sie vermag indessen innerhalb der thematischen Grenzen stark zu fesseln und verliert auch bei mehrmaliger Lektüre nicht an Substanz. Freilich müßte eine Anzahl sprachlich-formale und inhaltliche Verstöße, bzw. Mißverständnisse signalisiert werden. (Widerspruch betr. Volksstimmung S. 54, 58 — «Schwäher» S. 50, Fam. Studer war aristokratisch, S. 49 — Armenund Waisenrat = Ortsbürgerrat, S. 131 — Regierungsreformen statt -formen, S. 113 — unrichtige Kollationierung von Briefstellen, S. 196, 207, Anm. 192, S. 233, 253 — zu geringe Beachtung des Einflusses von Rotteck und Welcker — über Pf. als Respektsperson in konservativen Kreisen und als Katholik vgl. «Vaterland» 1875, nach Pf's Ableben.)

Unter Pfyffers Publikationen wäre noch der Beitrag über sog. Verfassungsgesetze in Meyers Luz. Kalender 1841 zu berücksichtigen.

Das Literaturverzeichnis enthält u. a. einige Titel, die nicht eben viel zur Sache tun. Nicht aufgeführt sind Kurt Sidler, Geschichte d. Volksrechte, Jost Kaufmann, Gesch. Luz. Kriminalrechtspraxis, W. Hofer, Kirche und Staat im Kt. Luzern, die gedruckten Memoiren von Reg.-Rat Lorenz Baumann (die verschiedenen Persönlichkeiten namens Baumann und Ineichen geben bisweilen zu Verwechslungen Anlaß). Verdienstlich wäre eine Übersicht zu Kas. Pfyffers Anträgen und Voten im Gr. Rate 1831/41 gewesen,

weil dadurch die unteilbaren verfassungs-, staats- und kirchenpolitischen Konzeptionen derselben führenden Persönlichkeit von der Praxis der Sachfragen her beleuchtet worden wären. Eine nähere Untersuchung der kirchenpolitischen Mentalität hätte wohl ergeben, daß Kas. Pfyffer trotz grundsätzlicher Wahrung historischer staatskirchlicher Ansprüche entsprechend seinem analytischen Denken doch eher ein Verhältnis gegenseitiger Nichtintervention von Kirche und Staat vorschwebte, wobei der christliche Charakter des Einzelmenschen und der Gesellschaft vorausgesetzt wurde (zu Nick, S. 216 ff.). Interessiert hätte uns ferner, inwieweit Kas. Pfyffer, zusammen mit L. Baumann, Munzinger und Neuhaus, die Machtmittel des Siebnerkonkordates noch 1839 (Zürich), bzw. 1841 (Aargau) einzusetzen gedachte.

Ebikon/Luzern

Anton Müller

MILORAD M. DRACHKOVITCH, Les socialismes français et allemand et le problème de la guerre, 1870—1914. Genève, Droz, 1953. In-8°, XI + 385 p. (Etudes d'histoire économique, politique et sociale, III.)

Dans la nombreuse littérature historique qui paraît actuellement, les études consacrées aux mouvements ouvriers — politiques ou sociaux — sont encore trop rares. C'est pourquoi il convient de relever avec soin celles qui voient le jour, comblant progressivement de vastes lacunes, cela d'autant plus si elles sont de grande valeur. C'est précisément le cas de l'ouvrage — qui apparaît comme magistral — de M. Drachkovitch sur Les socialismes français et allemand et le problème de la guerre, 1870—1914. Partant sur les traces de Charles Andler qui dénonça dès avant la première guerre mondiale les profondes divergences entre socialistes français et allemands, l'auteur se lance dans une vaste enquête pour tenter de comprendre ou d'expliquer pourquoi en août 1914, après des années de protestations et de luttes apparemment communes contre la guerre et pour la défense des intérêts de la classe ouvrière «internationale», les socialistes, tant français qu'allemands, se rallièrent à l'«union sacrée» et à la politique des «nationalismes bourgeois», c'est-à-dire au parti de la guerre. Jusqu'au dernier moment — il n'est que de reprendre les discours de Jaurès — les chefs des deux camps avaient exprimé l'espoir que la catastrophe serait évitée. Mais ce ne fut qu'un espoir. Pourquoi ce ralliement? Les chefs furent-ils dépassés par la base? La logique interne des mouvements, si difficile à saisir, les poussait-elle à ce revirement qui entraîna la perte de la II^e Internationale ouvrière?

L'explication de cette rupture historique profonde, l'auteur la recherche dans une analyse très approfondie et très vaste de l'histoire des mouvements socialistes de l'Allemagne impériale et de la France républicaine. De façon très systématique, s'attachant à définir les positions de chaque faction, à retracer l'évolution des doctrines comme des hommes, M. Drachkovitch reprend littéralement à leur naissance les socialismes français et la social-démocratie allemande, étudiant particulièrement les positions adoptées sur le